

# Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

1934 - 1945



Nummer 11/12

November/Dezember 1985

5 Schilling

## Denkmal für die Opfer der Gestapo



Am 1. November 1985 wurde auf dem Morzinplatz in Wien, wo in der NS-Zeit das Hauptquartier der Gestapo stand, ein Denkmal zur Erinnerung an die Opfer der Gestapo feierlich enthüllt. Eine alte Forderung der Sozialistischen Freiheitskämpfer ist damit verwirklicht worden. Die Enthüllung nahmen Genossin Rosa Jochmann und der Wiener Bürgermeister, Genosse Helmut Zilk, gemeinsam vor. „Antifaschisten waren in einer Zeit ohne Gnade bereit, ihr Leben und ihre Gesundheit zu riskieren, damit an Stelle brutalster Gewalt wieder ein demokratischer Staat entstehen kann“, sagte Genossin Jochmann in einer Ansprache bei der würdigen Feierstunde.

# Ausblick auf 1986

Das Jahr 1985 stand im Zeichen zeitgeschichtlicher Ereignisse: Wir haben der Befreiung Österreichs vor 40 Jahren gedacht und an die Erringung des Staatsvertrages und das Gesetz über die Neutralität vor 30 Jahren erinnert. Auch 1986 wird im Zeichen historischer Ereignisse stehen.

Im Jänner 1986 sind 50 Jahre seit dem großen Prozeß gegen die Revolutionären Sozialisten vergangen. Im Juli gedenken wir des Ausbruchs des spanischen Bürgerkriegs, an dem auch österreichische Antifaschisten in den Reihen der Internationalen Brigaden teilgenommen haben. Und im Herbst 1986 sind es 60 Jahre, daß auf Vorschlag Otto Bauers das „Linzer Programm“ der österreichischen Sozialdemokratie beschlossen wurde.

So wichtig diese zeitgeschichtlichen Jubiläen sind, dürfen wir doch die überragende Bedeutung der **Wahl des Bundespräsidenten im Mai 1986** nicht übersehen. Die Sozialistische Partei hat einmütig und mit großer Begeisterung Genossen **Dr. Kurt Steyrer** als ihren Kandidaten für das höchste Amt unserer Republik nominiert. Das war eine gute Entscheidung: Genosse Dr. Kurt Steyrer hat sich als Arzt, Parlamentarier und Minister für Gesundheit und Umweltschutz große Verdienste erworben.

Seine offene, zutiefst menschliche Art bringt ihm Sympathien weit über die Reihen unserer Partei hinausreichend. Und eines scheint auch von Bedeutung zu sein: Genosse Steyrer stand immer treu zur SPÖ und ihren Grundsätzen. Aber er war auch bereit, innerparteiliche Kritik zu üben, wenn ihm das notwendig erschien. Er ist niemals ein Ja-Sager gewesen, sondern gehörte und gehört zu jenen kritischen Sozialisten, die unsere Partei dringend braucht.

## Am Beispiel des Bundespräsidenten Miklas

Obwohl die Bundespräsidentenwahl eine Persönlichkeitswahl ist und daher die Person Kurt Steyrer im Mittelpunkt der Wahlbewegung steht, sollte die hochpolitische Bedeutung dieses Wahlgangs erkannt werden. Der Bundespräsident ist nach der Verfassung unserer Republik nicht bloß eine Repräsentationsfigur, die Diplomaten empfängt, Orden verteilt und Ausstellungen eröffnet. Er kann auf die Einberufung oder die Auflösung des Parlaments ebenso wie auf die Zusammensetzung der Bundesregierung entscheidenden Einfluß ausüben und er ist, was nicht vergessen werden sollte, Oberbefehlshaber des Bundesheeres. Das alles sind hochpolitische Funktionen, die in einer kritischen Situation von größter Wichtigkeit sein können.

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer wissen aus eigener Erfahrung, was es in der Ersten Republik bedeutet hat, daß der damalige Bundespräsident Miklas bei der Verteidigung der Demokratie kläglich versagt hat. Die Verfassung verpflichtete ihn, gegen die Regierung Dollfuß, die das Parlament

auflöste und einen faschistischen Staatsstreich durchführte, einzuschreiten. Miklas hat das nicht getan und damit wesentlich beigetragen zum Untergang Österreichs.

## Eine große Aufgabe für Zeugen der Zeit

In der Zweiten Republik sind nur Bundespräsidenten gewählt worden, die von der SPÖ vorgeschlagen wurden. Renner, Körner, Schärf, Jonas und Kirchschräger sind aus der Geschichte dieser Zweiten Republik nicht wegzudenken. Jeder dieser Bundespräsidenten hat von den Rechten, die ihm die Verfassung gibt, nur behutsam und zurückhaltend Gebrauch gemacht. Jene Generationen, die die Tragödie der Ersten Republik persönlich nicht miterlebt haben, könnten daher die Bedeutung der Funktion des Bundespräsidenten unterschätzen.

Hier erwächst den Sozialistischen Freiheitskämpfern als Zeugen der Zeit eine große Aufgabe. Der Bundesvorstand hat in einer Sitzung unter dem Vorsitz von Genossin Jochmann darauf aufmerksam gemacht und an alle Mitglieder appelliert, aktiv an der Wahlbewegung für Kurt Steyrer teilzunehmen. Noch wichtiger als Plakate, Flugblätter und Versammlungen ist das Gespräch von Mensch zu Mensch. An diesem Gespräch teilzunehmen und an die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit zu erinnern — das sollte der Beitrag der Sozialistischen Freiheitskämpfer zu dieser großen politischen Auseinandersetzung sein.

## Sozialistische Freiheitskämpfer für Kurt Steyrer

Der Bundesvorstand der Sozialistischen Freiheitskämpfer hat in seiner Sitzung vom 8. November 1985 gemeinsam mit den Vertretern der Bundesländer und den Wiener Obmännern unter dem Vorsitz von Rosa Jochmann den Beschluß des Bundesparteirates, Dr. Kurt Steyrer zum Kandidaten für die Wahl des Bundespräsidenten zu nominieren, begeistert begrüßt. Die Sozialistischen Freiheitskämpfer sind davon überzeugt, daß Kurt Steyrer, ebenso wie Renner, Körner, Schärf, Jonas und Kirchschräger, ein guter Bundespräsident für alle Österreicher sein wird.

Obwohl es sich bei dem kommenden Wahlgang um eine Persönlichkeitswahl handelt, betonen die Sozialistischen Freiheitskämpfer auch die große politische Bedeutung dieser Entscheidung. Die Verfassung unserer Republik gibt dem Bundespräsidenten bedeutende Vollmachten. In der Zwischenkriegszeit wurde deutlich, was es bedeutet, wenn ein Bundespräsident bei der Verteidigung der Demokratie versagt.

Der Bundesvorstand der Sozialistischen Freiheitskämpfer richtet an alle Mitglieder den eindringlichen Appell, am Wahlkampf für Kurt Steyrer aktiv teilzunehmen und als „Zeugen der Zeit“ auf die Erfahrungen in der Ersten Republik aufmerksam zu machen.

## Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:  
*Robert Blau, Herbert Exenberger, Josef Hindels, Peter Pelinka, Peter Riedmann (Innsbruck), Hans Waschek.*

# Parteitag 1985

Der 29. Parteitag der SPÖ, der vom 11. bis 13. November 1985 in Wien stattgefunden hat, stand im Zeichen des Grundsatzreferates des Bundespartei-vorsitzenden Genossen Fred Sinowatz und der Diskussion über die „Perspektiven '90“. Die Diskussion war lebhaft und bewies, daß in unserer Partei frei diskutiert werden kann. Es fehlte auch nicht an kritischen Diskussionsbeiträgen.

Der Delegierte der Sozialistischen Freiheitskämpfer, **Genosse Josef Hindels**, sagte in der Diskussion unter anderem:

„Wir haben in den 40 Jahren seit der Befreiung Österreichs viel erreicht und sollen auf das Erreichte stolz sein. Aber wir müssen auch erkennen, daß es beunruhigende Erscheinungen gibt, die wir nach der Befreiung, als viele aus den Konzentrationslagern, Gefängnissen und der Emigration in die befreite Heimat zurückkehrten, nicht für möglich gehalten hätten. Dafür nur ein Beispiel:

Im Jahr der Zeitgeschichte werden vor den Schulen neonazistische Schriften verteilt, in denen behauptet wird, daß es niemals Vergasungen von Juden gegeben hat, daß alle KZler Verbrecher waren und der Staatsvertrag ein Schanddokument ist.

Schlimmer als diese Provokationen ist die Tatsache, daß den Lehrern, Schuldirektionen und Eltern von den Behörden erklärt wird, sie könnten gegen die neonazistischen Provokateure nicht einschreiten, weil dazu die rechtliche Grundlage fehle. Das ist eine Schande für Österreich, eine Verhöhnung des Staatsvertrages und eine Beleidigung jener Frauen und Männer, die für die Freiheit unseres Landes ihr Leben geopfert haben.“

Genosse Hindels begrüßte dann die Initiative von

Innenminister Karl Blecha zur Schaffung wirksamer gesetzlicher Bestimmungen gegen diese neonazistische Exzesse. Er begrüßte auch Bemühungen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Verwaltungsstrafrecht gegen die Neonazis angewendet werden kann. Aber er fügte hinzu:

„Auch die bestehenden Gesetze könnten in vielen Fällen dazu führen, daß Neonazis vor Gericht gestellt und bestraft werden. Daß dies nicht geschieht, ist die Schuld der Justizbehörden und hängt mit der Person des Justizministers Harald Ofner zusammen, die nicht näher charakterisiert zu werden braucht.“

Abschließend wies Genosse Hindels darauf hin, daß die Sozialistischen Freiheitskämpfer nicht nur behördliche Maßnahmen, sondern auch eine verstärkte Aufklärung über das Wesen des Faschismus verlangen. Stets hat zur faschistischen Ideologie die Verherrlichung des Krieges gehört. Daher sollte der antifaschistische Kampf eng verbunden werden mit dem Kampf für den Frieden: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!

Die Ausführungen des Delegierten der Sozialistischen Freiheitskämpfer wurden vom Abgeordneten zum Nationalrat, Genossen Ernst Nedwed, eindrucksvoll unterstützt. Auch Sprecher der sozialistischen Jugendorganisationen verlangten schärfere Maßnahmen gegen neonazistische Umtriebe. Besonders war der Beitrag des Obmannes der SJ-Kärnten, Genossen Peter Kaiser, der scharfe Kritik an Spitzenfunktionären auch unserer Partei übte, die den Ehrenschatz bei Veranstaltungen rechtsextremistischer und neonazistischer Verbände übernehmen.

## Akten des NS-„Volksgerichtshofes“ im DÖW

Das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR hat im September 1985 dem Bundesverband Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband) bisher unbekannte Dokumente der Nazijustiz aus Archiven der DDR überlassen. Am 16. Oktober 1985 wurden nun diese Unterlagen einer „Zeit ohne Gnade“ dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes übergeben. Es handelt sich dabei um

- Kopien von Urteilen und Vollstreckungsunterlagen aus 122 Strafverfahren gegen 760 österreichische Bürger, wovon 396 zum Tode und 237 zu lebenslänglichen beziehungsweise hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden,
- 32 Originalbekanntmachungen über erfolgte Hinrichtungen,
- 133 Fotoreproduktionen von Verurteilten des NS-„Volksgerichtshofes“.

Diese Akten über Nazi-Blutrichter stellen neue wichtige Beweise für den österreichischen Widerstandskampf dar und sind auch durchaus als Beitrag zur Enthüllung weiterer Verbrechen der Nazi-faschisten anzusehen. So war etwa der ehemalige Linzer Bürgermeister Franz Langoth, nach ihm ist noch immer eine Straße in Linz benannt, als sogenannter Volksvertreter im NS-„Volksgerichtshof“ an 13 Prozessen gegen Österreicher beteiligt, die mit 15 Todesurteilen und der Verhängung von insgesamt 171 Jahren Gefängnis endeten. „Es geht nicht um Rachsucht, sondern darum, die ganze Un-

menschlichkeit des NS-Regimes aufzudecken und daraus für heute zu lernen“, meinte bei der Dokumentenübergabe der Vorsitzende des DÖW-Stiftungsrates, Genosse Hubert Pfoch.

## Nachrichten von rechts

### Kärntner Freiheitskommers

Wieder einmal geht es um die Übernahme eines „Ehrenschatzes“ für ein rechtsextremes Spektakel. Am 5. Oktober 1985 fand in Klagenfurt der „Kärntner Freiheitskommers“ statt. Rechtsextreme Organisationen, wie etwa der Kärntner Heimatdienst, diverse „teutonische“ Burschenschaften, die Kameradschaft IV (Waffen-SS) und der Österreichische Turnerbund traten als Veranstalter auf. Neben Jörg Haider, Stefan Knafl und Leopold Guggenberger übernahm auch Genosse Leopold Wagner den „Ehrenschatz“ für diesen „Freiheitskommers“. Auch für Genossen Leopold Wagner sollte die einstimmig beschlossene Resolution des Bundesparteitages 1981 in Graz gelten, wo es darüber heißt: „Im Interesse der Glaubwürdigkeit des antifaschisti-

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

seinen Engagements der SPÖ appelliert der Bundesparteitag an alle Funktionäre und Mandatäre, von jeglicher Unterstützung neonazistischer und rechtsgerichteter Organisationen, zum Beispiel in Form der Übernahme des Ehrenschutzes über Veranstaltungen, abzusehen.“ Antifaschisten organisierten eine Gegenkundgebung gegen diese rechtsextreme Provokation am 5. Oktober.

## Wiederbetätigung und Rechtsordnung

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes veranstaltete gemeinsam mit der Gesellschaft für politische Aufklärung in Wien eine Enquete zum Thema „Wiederbetätigung und Rechtsordnung“. Kompetente Persönlichkeiten, wie Dr. Armin Hermann, Dr. Heinrich Keller, Ing. Ernst Nedwed, Dr. Wolfgang Neugebauer, Dr. Manfred Matzka, Dr. Gabriel Lansky und andere, nahmen zu den gegenwärtigen Aktivitäten des österreichischen Rechtsextremismus Stellung. Am Beispiel des Verhetzungsparagraphen (§ 282 StGB) kritisierte zum Beispiel Genosse Dr. Heinrich Keller das Vorgehen österreichischer Gesetzgeber gegen Neonazis. Es seien vor allem die Einschränkungen („Gefährdung der öffentlichen Ordnung“ sowie „Verletzung der Menschenwürde“), die diese Strafbestimmung als „Bestimmung mit Augenzwinkern“ interpretieren lassen. Zusätzlich regte Dr. Keller die Einführung eines „minderen“ § 3 g (Entfall der Geschworenenzuständigkeit) an, um der „medialen Provokation“ der Neonazis in der Praxis wirksam beikommen zu können. Schließlich forderte Heinrich Keller vehement die Bekämpfung der Wiederbetätigung mit politischen Mitteln. Univ.-Prof. Dr. Anton Pelinka stellte in seinem Schlußwort konkrete Forderungen in diesem Zusammenhang auf: Novellierung des Verbotsgesetzes (§ 3 g, Entfall der Geschworenenzuständigkeit), Novellierung des Verhetzungsparagraphen (Wegfall der im § 283 festgelegten Einschränkungen über die öffentliche Ordnung sowie die Verletzung der Menschenwürde), Novellierung des Parteiengesetzes (Berücksichti-

gung der Artikel 4 und 9 des Staatsvertrages), Beschlagnahme neonazistischer Publikationen durch die Zollbehörden (entsprechendes Zusammenwirken von Justiz- und Finanzminister).

## Turnvater Jahn nicht mehr „rassenrein“

Gegen den Entschluß der Stadtgemeinde Radstadt, das Wort „Rassenreinheit“ am Denkmal des Turnvaters Jahn mit einer Kupfertafel abzudecken, nahm der „Österreichische Turnerbund“ Stellung. Mit einem Schreiben vom 11. September 1985 protestierten der Salzburger Gauobmann Ing. Kurt Gebhart und der Gaudietwart Dr. Graupner gegen die Überdeckung. Sie bezeichneten es als „Kulturschande“, daß die „Mehrheit der Gemeindevertretung terroristischen Methoden eines ausländischen Komitees“ nachgab. Der Turnerbund werde das „mit allen Mitteln“ bekämpfen. Und dieser „Österreichische Turnerbund“ wehrt sich, als rechtsextreme Organisation eingestuft zu werden.

## „Halt“ — September 1985

Die September-Nummer 1985 des rechtsextremen Pamphlets „Halt“ strotzt wieder von einschlägigen rassistischen und neofaschistischen Stellungnahmen. Taxfrei wird Genosse Karl Blecha wegen seiner antifaschistischen Aktivitäten als „Verfassungsbrecher“ bezeichnet. Auf einem Foto sehen wir die Einsatzgruppen der „Nationalen Front“, als dessen Sprachrohr „Halt“ anzusehen ist, in paramilitärischen Uniformen beim Begräbnis des „legendären Kämpfers“ Johann Sauerteig. Unter dem Titel „Der Jahrhundertbetrug wankt“ werden wieder die Gaskammern in den NS-Vernichtungslagern und die Ermordung von Juden in diesen Konzentrationslagern geleugnet. Rassistisch wird es, wenn wir ein „Inserat“ in dieser „Halt“-Nummer lesen, wo sie meinen: „Stellenangebot! Für den Posten des Gewerkschaftspräsidenten sucht der ÖGB noch einen Gastarbeiter! Jugoslawischer Zigeuner erwünscht.“ Wie lange noch kann dieses neofaschistische Pamphlet sein Unwesen, vor allem vor Schulen, treiben?

# Vergangenheitsbewältigung auf innsbruckerisch?

Ohne besonderen Jubiläumsanlaß wurde plötzlich in der Nr. 4 der „INNSBRUCKER STADT-NACHRICHTEN“ (offizielles Mitteilungsblatt der Landeshauptstadt) vom 24. April 1985 der Artikel „Die Höttinger Saalschlacht“ von Josefine Justić veröffentlicht. Wenn auch der Beginn der zweiten Ausstellungsfolge „Innsbrucker Zeitgeschichte — 1932 bis 1938“ des Innsbrucker Stadtarchivs der aktuelle Anknüpfungspunkt gewesen sein soll, so muß man sich trotzdem darüber wundern, da es zwischen 1932 und 1938 auch in Innsbruck erheblich bedeutendere historische Ereignisse für eine spezielle Würdigung gegeben hätte.

Der Aufsatz der Archivbediensteten Justić über die öffentlich zugängliche Nazi-Wahlversammlung vom 27. Mai 1932 im damals noch nicht zu Innsbruck gehörenden und sozialdemokratisch dominierten Hötting beschrieb den blutigen Zusammenstoß zwischen nichtuniformierten Linken einerseits

und großteils uniformierten Nazis und Gendarmen andererseits. Dabei stellte Frau Justić aber nicht alle — von Zeitgeschichtlern schon ziemlich allgemein anerkannten — Details (daß die Linken zahlenmäßig unterlegen waren; den Beginn der Saalschlacht durch einen SA-Mann; daß man den SA-Mann Silvester Fink seitens der Nazis als „Märtyrer“ verbluten ließ und daß er möglicherweise sogar durch Nazistische umkam; soziologische Hintergründe der Gewaltanwendung usw. . . .) dar und zitierte nur die in den Jahren 1932, 1933 und im ersten Halbjahr 1934 als nazinah einzustufende Tageszeitung „INNSBRUCKER NACHRICHTEN“ (Vorläuferin der heutigen „TIROLER TAGESZEITUNG“ und nicht zu verwechseln mit den heutigen „INNSBRUCKER STADT-NACHRICHTEN“).

Für einen politisch unbefangenen oder unkritischen Leser konnte durch diese Art von Berichterstattung im Jahr 1985 (an alle Innsbrucker Haus-

halte!) leicht ein nazifreundlicher Eindruck entstehen. Nun hätte man eigentlich meinen können, es sei nur eine einmalige Panne passiert, welche selbstverständlich repariert werden würde; dies auch deswegen, weil das Stadtarchiv angeblich nur über die „INNSBRUCKER NACHRICHTEN“ als Quelle verfügte. Schon jeder angehende Historiker weiß aber, daß andere Innsbrucker Tageszeitungen dieser Epoche sowohl bei der Innsbrucker Universitätsbibliothek als auch beim Innsbrucker Landesmuseum Ferdinandeum leicht eingesehen werden können.

### An alle Obleute!

Aus gegebenem Anlaß: Kränze oder Kranzablösen können nicht von der Zentrale, sondern müssen von den einzelnen Organisationen (Bezirks-, Ortsgruppen) getragen werden (Beitragsanteile).

**A. Billmaier**  
Bundeskassier

Auch im Innsbrucker Gemeinderat wurde – auf Dringlichkeitsantrag von SP-Gemeinderat Dietmar Höpfl – einstimmig die objektivierende und nochmalige Darstellung in den „INNSBRUCKER STADTNACHRICHTEN“ beschlossen. Die zweite Darstellung in der Nr. 7 des offiziellen Mitteilungsblattes der Landeshauptstadt vom 17. Juli 1985 (vermutlicher Verfasser der Stadtarchivdirektor und Geschichtsdozent (!) Dr. Franz Heinz Hye) läßt nun allerdings schon eine beabsichtigte Tendenz, welche sich gegen die damaligen Arbeiter richtet, vermuten, obwohl einige offensichtliche Mängel der ersten Darstellung durch entsprechende Zitate ergänzend verbessert wurden.

### So war es wirklich

Dort, wo ein zitierter Zeitgeschichtler eine völlig überhöhte Zahl von angeblich 250 im Saal anwesenden Arbeitern offensichtlich unüberprüft aus einem

Bericht der Tiroler Landesregierung an die Generaldirektion für öffentliche Sicherheit in Wien übernommen hat, wird diese völlig unkommentiert zitiert. Vielleicht, um falsche Zahlenvorstellungen von einer angeblichen Arbeiterübermacht in den Raum zu stellen? Der Saal faßte allerdings höchstens 150 zusehende Personen, und nicht alle der anwesenden Zuhörer waren Linke und Männer! Hinter dem Bühnenvorhang lagen nachweisbar nochmals zirka 30 Nazis in Zivil mit Wurfgeschossen auf der Lauer (neben den zirka 70 einmarschierenden uniformierten SA-Leuten!). Daneben gab es noch zirka 40 Gendarmen, die Befehl zum Räumen des überfüllten Saales hatten. Gänzlich unerwähnt blieben schließlich die so wichtigen Gedanken des ansonsten vollinhaltlich zitierten Zeitgeschichtlers über die soziologischen Hintergründe.

### „Schlagende Argumente“

Wenn also der Geschichtsdozent der Innsbrucker Universität Dr. Franz Heinz Hye am Schluß seiner Zweitdarstellung sagt: „Die Versammlung der NSDAP wurde vom politischen Gegner gesprengt . . ., dabei gab es einen Toten und auf beiden Seiten Verletzte. Schon dieses Ergebnis allein sollte jeden davor warnen, wiederum schlagende Argumente zu gebrauchen“, so hat diese Aufforderung ihre Berechtigung ganz sicher nur gegenüber allen auf dem Boden von Freiheit und demokratischer Verfassung stehenden Parteien und Ideologien. Allen antidemokratischen Gruppierungen gegenüber hat man (wenn die demokratische Regierung ihre Selbsterhaltung nicht bewältigt) – soll die Demokratie noch länger bestehen – sogar die Verpflichtung zur mutigen und entschlossenen individuellen Notwehr (wie bei der Saalschlacht von Hötting), auch wenn sie leider in schlagenden Argumenten bestehen muß.

Dies soll unsere Lehre aus der Vergangenheit zur Verhinderung einer ähnlichen Tod und Elend verheißenden autoritären Ideologie sein, und so sollten wir die Vergangenheit „bewältigt“ haben!

### Wir gratulieren

**Alfred Billmaier.** Unser „Billi“ ist am 24. November 80 Jahre alt geworden, was man angesichts seiner ungebrochenen Vitalität gar nicht glauben kann. Genosse Billmaier hat als junger Mensch die Tischlerei erlernt, trat aber 1928 in den Gemeindedienst ein, und zwar bei der eben erst gegründeten Wiener Rathauswache. Nach 1934 war dort für ihn kein Platz mehr. Unter dem Austrofaschismus verbüßte er mehrere Freiheitsstrafen, 1940 mußte er zur deutschen Wehrmacht. Nach Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft war „Billi“ ab 1946 im Wiener Rathaus als Arbeiterreferent tätig. In der Folge hat er eine ganze Reihe von gewerkschaftlichen und politischen Funktionen ausgeübt. So war er auch Mitglied der ÖGB-Kontrollkommission. Unser Genosse Billmaier hat sich seine kämpferische Gesinnung bewahrt, ein Umstand, dem wir viele Erfolge zu verdanken haben. Wir wünschen unserem Kampfgefährten und lieben Freund alles Gute und die für seine Arbeit notwendige Gesundheit.

### Wir gratulieren

**Manfred Ackermann.** Unser Ehrenobmann, Genosse Manfred Ackermann, feierte am 1. November seinen 87. Geburtstag. Er ist schon im Jahr 1916 der Sozialdemokratischen Partei beigetreten, war dann in der SAJ und im Zentralverein der kaufmännischen Angestellten tätig. Nach 1934 gehörte er dem Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten an, zweimal wurde er von den Austrofaschisten verhaftet. Maßgeblich war er auch am Aufbau der Betriebszellen-Aktion der RS beteiligt. 1938 ging unser Freund auf Drängen seiner Freunde ins Exil, zunächst nach Paris, dann nach New York. In den USA arbeitete er 12 Jahre lang als Fabrikarbeiter und Vertrauensmann der Bekleidungsarbeiter-Gewerkschaft, deren hauptamtlicher Funktionär er 1950 wurde. 1964 kehrte Manfred Ackermann nach Österreich zurück und entfaltete eine überaus rege Vortragstätigkeit als Funktionär der Bezirksorganisation Favoriten. Wir wünschen unserem Manfred aufrichtig alles Gute.

# Aus der Opferfürsorge

## Opferfürsorgeleistungen und Einkommensgrenzen ab 1. Jänner 1986

### Opfer

MdE*	Opferrente § 11 Abs. 2	Zulage § 11 Abs. 11
30 Prozent	789.—	—
40 Prozent	1.184.—	—
50 Prozent	1.579.—	2.061.—
60 Prozent	1.974.—	2.061.—
70 Prozent	2.368.—	2.061.—
80 Prozent	3.158.—	2.061.—
90/100 Prozent	3.947.—	2.061.—

\* MdE = Minderung der Erwerbsfähigkeit

### § 11 Abs. 2

Inhaber einer Amtsbescheinigung auf Grund einer Haft erhalten zur Opferrente ab Vollendung des 65. Lebensjahres eine Zulage von S 369.— monatlich.

### Alterszulage

(§ 11 Abs. 2 KOVG) S 162.— erhalten Frauen ab Vollendung des 55. Lebensjahres und Männer ab Vollendung des 60. Lebensjahres, die eine Opferrente von 30 oder 40 Prozent beziehen.

### Alterserschwerniszulage

(§ 11 Abs. 3 KOVG)

ab Vollendung des	Minderung der Erwerbsfähigkeit				
	50 v. H.	60 v. H.	70 v. H.	80 v. H.	90/100 v. H.
65. Lebensjahres	176.—	295.—	356.—	474.—	592.—
70. Lebensjahres	357.—	591.—	670.—	789.—	947.—
75. Lebensjahres	651.—	887.—	987.—	1.105.—	1.224.—
80. Lebensjahres	947.—	1.186.—	1.303.—	1.422.—	1.540.—

### Pflege- und Blindenzulage

(§ 18 Abs. 4 und 5 KOVG)

Stufe I	5.335.—
Stufe II	8.003.—
Stufe III	10.670.—
Stufe IV	13.340.—
Stufe V	16.001.—
Stufe VI	21.335.—
Blindenführzulage (§ 20 KOVG)	1.157.—
Erziehungsbeitrag (§ 11 Abs. 10)	626.—, gek. 313.—

### Unterhaltsrente

(§ 11 Abs. 5 ist zugleich Einkommensgrenze)

Opfer, alleinstehend	7.034.—
Opfer, die für eine Ehefrau (Lebensgefährtin) oder Lebensgefährtin (Ehemann) zu sorgen haben	8.855.—
(Erhöhung der Einkommensgrenze um S 313.— für jedes Kind, für das ein Erziehungsbeitrag geleistet wird.)	

### Hilflosenzulage

(§ 11 Abs. 12)

einfach: 2.345.— doppelte: 4.690.—

### Diätzuschuß

(§ 14 und 46 b KOVG)

niedrigste Stufe	mittlere Stufe	höchste Stufe
245.—	495.—	741.—

### Hinterbliebene

(Grundrenten § 11 Abs. 3)

Witwen, Witwer, Waisen, Elternteile	1.579.—
Elternpaar	2.084.—

### Unterhaltsrente

(§ 11 Abs. 5 zugleich Einkommensgrenze)

Witwen, Witwer, Waisen, Eltern	6.181.—
(Erhöhung um S 498.— für jedes waisenberechtigtes Kind)	

### Beihilfen

(§ 11 Abs. 7)

Witwen, Witwer und Waisen	6.181.—
Einkommensgrenze dafür	7.234.—

### Mindest-Witwen-(Witwer-)Beihilfe

(§ 11 Abs. 7) 70.—

### Sterbegeld

(§ 12 a)

Volles Sterbegeld (Höchstausmaß)	9.206.—
Mindestausmaß	5.520.—
anrechenbarer Höchstbetrag	3.686.—

### Schwerstbeschädigtenzulage

(§ 11 a Abs. 4 KOVG)

lit. a	lit. b	lit. c	lit. d	lit. e	lit. f
1.184.—	1.579.—	1.974.—	2.368.—	2.763.—	3.158.—

### Wäschepauschale

(Absch. VII der Anlage zu § 32 KOVG)

Ziffer 1: 175.— Ziffer 2: 278.— Ziffer 3: 467.—

Anpassungsfaktor: 1.035.—

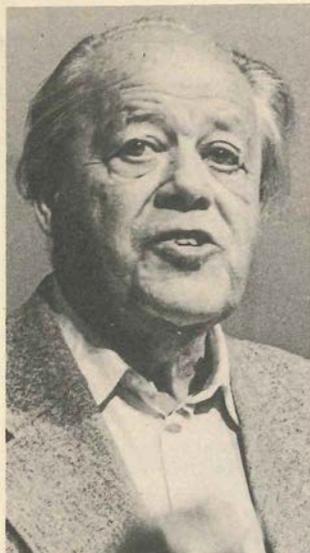
## Neue Formblätter

Das Sozialministerium hat dankenswerterweise zur Erleichterung von Ansuchen ein Musterformblatt geschaffen, damit der Ansuchende nur den Grund des Ansuchens einsetzen muß und auch alles, was für eine rasche Erledigung erforderlich ist, angegeben beziehungsweise beigelegt wird. Es ist unbedingt notwendig anzugeben, ob man alleinstehend, verheiratet oder in Lebensgemeinschaft lebt. Dann ist das Einkommen des Ansuchenden und des allfälligen Partners zu belegen. Diese Formblätter können bald bei den zuständigen Ortsbeziehungsweise Bezirksgruppen oder Landesverbänden und im Bundessekretariat zur Verfügung gestellt werden.

Weiters ist sehr wichtig, daß Aushilfen auch in zwei Teilen gewährt werden und in der Mitteilung auch angeführt wird, wann frühestens wieder um eine Aushilfe angesucht werden kann.

Wir bringen in Erinnerung, daß derzeit für Aushilfen die **Einkommensgrenzen** monatlich netto für Alleinstehende 7800 Schilling und für Paare 11.500 Schilling (für Spitalsaufenthalte 11.938 Schilling und 15.044 Schilling) betragen.

## Josef Hindels 70



Josef Hindels, stellvertretender Bundesobmann des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, wird am 10. Jänner 1986 70 Jahre alt. Ein Datum, an dem man mehr als „nur“ an eine Person und mehr als „nur“ an einen runden Geburtstag denken sollte. Josef Hindels war für mehrere Generationen sozialistischer Funktionäre ein Lehrer im besten Sinn des Wortes und ist auch heute noch überall dort zu finden, wo zwischen prinzipienlosem Opportunismus und „modischen“ Trends die klare sozialistische Analyse und Sprache vonnöten ist.

Nichts kennzeichnet die persönliche Bescheidenheit von „Bruno“ (so nennen ihn seine Freunde mit dem Spitznamen aus der Zeit der Illegalität) mehr als die Vorwürfe, die die Herausgeber einer Festschrift\* zu diesem seinem 70. Geburtstag von ihm geerntet haben: Das sei doch alles eine peinliche Überschätzung seiner Person. Jeder, der Josef Hindels kennt, weiß, daß diese Überzeugung zutiefst echt ist, alles andere als Kokettieren mit der Eitelkeit. Nur: Josef Hindels hat soviel für die Sache des Sozialismus in diesem Land getan, daß es nicht allein im Bereich dieser seiner Einschränkung liegt, ob eine Festschrift zu seinen Ehren herauskommt oder nicht – sein Leben und Wirken ist tradiertes Anschauungsmaterial für kommende Generationen.

Josef Hindels ist zeit seines Lebens ein Unbeugsamer geblieben: Ob als Aktivist der sozialistischen Mittelschülerbewegung der Ersten Republik, ob als Illegaler im Rahmen der Revolutionären Sozialisten Österreichs (RSÖ) in der Zwischenkriegszeit, ob während seiner Emigrationsjahre in Skandinavien. Erst recht nach 1945: Als Schulungsreferent der Sozialistischen Jugend war er persönlicher und politischer Weggefährte Peter Strassers, als Zentralsekretär der Gewerkschaft der Privatangestellten maßgeblich am weiteren Aus- und Aufbau dieser heute größten Einzelgewerkschaft beteiligt, als Publizist, Historiker und Referent allzeit für die Aktualisierung des (Austro-)Marxismus tätig. Josef Hindels, das war und ist für viele Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre einer, der komplizierte Dinge ebenso umfassend wie einfach vermitteln kann, einer, der auf Parteitag immer wieder die Grundsatzeinstellungen von Sozialisten einmahnt und einer, der bei Demonstrationen immer wieder seine klare Stimme gegen Neofaschismus, Kolonialismus und Entideologisierung erhebt.

Nichts mag Josef Hindels mehr ehren als die Tatsache, daß er dennoch (oder gerade?) deshalb kein hohes Amt in der Partei oder der staatlichen Verwaltung erreicht hat. Einige derjenigen, die aus seiner „Schule“ kamen, haben allzu leichtfertig die persönlichen, bisweilen auch die politischen Brücken parallel zu ihrem Machtaufstieg abgebrochen. Auch für sie – und für die vielen, die trotz mancher Meinungsverschiedenheiten und solidarisch ausgelegener Dispute mit Josef Hindels diesen Weg nicht gegangen sind – sollte der 70. Geburtstag von „Bruno“ mehr sein als ein Anlaß für Glückwünsche: Ein Tag der Besinnung auf das, was er uns vermittelt hat, vermittelt und hoffentlich noch lange vermitteln wird.

Peter Pelinka

\* Michael Häupl/Ernst Nedwed/Peter Pelinka: Gegen den Strom. Festschrift zum 70. Geburtstag von Josef Hindels. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1985. Öffentliche Präsentation am 9. Jänner im Renner-Institut, 19 Uhr. Subskriptionsangebot um 120 Schilling bei Bestellungen bis dahin an die SPÖ-Information, 1014 Wien, Löwelstraße 18.

## Aus den Landesorganisationen

### Landesverband Salzburg



**Albert Mitsche †.** Der Landesverband Salzburg der Sozialistischen Freiheitskämpfer beklagt den Verlust unseres Bezirksvertreters des Tennengaus Albert Mitsche, der am 26. Oktober 1985 nach längerer Krankheit im 65. Lebensjahr verstorben ist.

Albert Mitsche wuchs bei der Sozialistischen Jugend auf, war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, der Revolutionären Sozialisten und half als Funktionär am Wiederaufbau der Partei und der Republik Österreich mit. In vielen Funktionen und Organisationen war er als Eisenbahner, als Sektions-, Bezirks- und Landesfunktionär aktiv tätig. Er war Inhaber des Goldenen Ehrenzeichens der Republik Österreich und der Victor-Adler-Plakette.

Die Funktionäre des Landesverbandes LO-Stellvertreter Eduard Kittl, Kassier Hermann Grabler und Schriftführer Edi Goldmann, Landeshauptmannstellvertreter a. D. Karl Steinocher, Funktionäre und Mitglieder aus der Partei, dem Lande, des Bezirkes und der Stadtgemeinde Hallein haben Albert Mitsche das letzte Geleit gegeben. Wir werden Albert Mitsche niemals vergessen.

**Gedenkstunde.** Am 1. November 1985 führte der Landesverband der Sozialistischen Freiheitskämpfer beim Mahnmahl auf dem Salzburger Kommunalfriedhof eine Gedenkstunde durch.

Unser Landesobmann, Bürgermeister a. D. Karl Reinthaler, hielt eine würdige Gedenkrede. In seiner Ansprache zeigte er den Freiheitskampf zur Errichtung der Ersten Republik auf und auch den ebenso harten Kampf um die Wiedererrichtung der Zweiten Republik. Er mahnte zur Wachsamkeit um die Weiterführung der demokratischen Gesellschaft und um die Erhaltung unserer Freiheit.

Mit der Kranzniederlegung und dem Lied der Arbeit, vorgetragen durch die Musikgruppe des Eisenbahner-Musikvereins wurde die sinnvolle Gedenkstunde beendet.

Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt Wien 1010

**P. b. b.**

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden  
an den Absender**

**Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.**

*Michael Häupl/Ernst Nedwed/Peter Pelinka*

## Gegen den Strom

**Festschrift zum 70. Geburtstag von  
Josef Hindels**

mit Beiträgen von	Erwin Lanc
Detlev Albers	Manfred Matzka
Maria Berger	Ernst Nedwed
Paul Blau	Wolfgang
Karl Blecha	Neugebauer
Christian Cap	Peter Pelinka
Alfred Dallinger	Hugo Pepper
Herbert Exenberger	Georg Scheuer
Alfred Gusenbauer	Gerhard Steger
Michael Häupl	Hans Waschek
Eva Kreisky	Ernst Winkler (†)

**SUBSKRIPTIONSPREIS** bei Bestellung bis zum 15. Jänner: 120 Schilling (SPÖ-Information, 1014 Wien, Löwelstraße 18)

**Redaktionsschluß**  
**für die nächste Nummer: 10. Jänner 1986**

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 63 27 31. Hersteller: Vorwärts AG, 1030 Wien, Viehmarkt-gasse 4.

DER **8**  
SOZIALISTISCHE KÄMPFER

# Sprechstunden

## in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 2, Praterstern 1 ..... Di. 16 bis 18 Uhr  
3, Landstraßer Hauptstraße 96 ..... Jeden 1. u. 3. Mi.  
15 bis 16 Uhr  
4, Wiedner Hauptstraße 60 b ..... Jeden 1. Di.  
17 bis 18 Uhr  
5, Kohlgasse 27 ..... Jeden 2. u. 4. Mi. 17 bis 19 Uhr  
6, Otto-Bauer-Gasse 9 ..... Di. 18 bis 19 Uhr  
7, Neubaugasse 25 ..... Jeden Di. 16 bis 18 Uhr  
8, Albertgasse 23 ..... Jeden 1. Do. 17 bis 18 Uhr  
9, Marktgasse 2/I ..... Di. 16 bis 18 Uhr  
10, Laxenburger Str. 8/10/I ..... Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr  
11, Simmeringer Hauptstraße 96 a ..... Jeden 2. u. 4. Di.  
18 bis 19 Uhr  
12, Ruckergasse 40 ..... Di. 15 bis 16 Uhr  
13, Wolkersbergenstr. .... Jeden 1. Di. 15 bis 17 Uhr  
14, Linzer Straße 297 ..... Jeden 2. Mi. 17 bis 18 Uhr  
15, Hackengasse 13 ..... Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr  
16, Zagorskigasse 6 ..... Do. 18 bis 19 Uhr  
17, Kalvarienbergg. 28 a, 2. Stock.  
(Arbeiterheim) ..... Jeden 2. u. 4. Mi. 17 bis 18 Uhr  
18, Gentzgasse 62 ..... (nach Vereinbarung)  
19, Billrothstraße 34 ..... Jeden 1. Di. 16 bis 18 Uhr  
Opferfürsorge ..... (Nach tel. Vereinbarung: 36 42 79)  
20, Raffaelgasse 11 ..... Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr  
21, Franz-Jonas-Platz 8 ..... Jeden Di. 17 bis 18 Uhr  
22, Donaufelder Str. 259 ..... Jeden 2. Mi. 18.30 bis 19.30 Uhr  
23, Liesing, SPÖ-Bez.-Sekt., Klublokal  
(Parterre), Breitenfurter Str. 360,  
Stg. 1 ..... Jeden 1. Mo. 9 bis 10 Uhr

## in unseren Fachgruppen

### Polizei

- 1, Löwelstraße 18, 4. Stock (nach tel. Vereinbarung)

## in unseren Landesverbänden

### Niederösterreich:

- Landesverband NÖ,  
Grillparzerstr. 14/III, Wien 1, ..... Jeden 1. Di.  
Landespartei sekretariat ..... 11 bis 12 Uhr  
Baden, Rathaus Traiskirchen, ..... Jeden 1. Mo.  
F. Jirovetz, Sozialreferent ..... 8 bis 9 Uhr  
Mödling, Hauptstraße 42/B/1, ..... Jeden 1. Do.  
Sekretariat der Volkshilfe ..... 17 bis 19 Uhr  
Wr. Neustadt, Wiener Straße 42 ..... Jeden 1. Samstag  
Bezirkssekretariat der SPÖ ..... 10 bis 12 Uhr  
St. Pölten, Prandtauerstraße 4, ..... Jeden 1. Freitag  
Bezirkssekretariat der SPÖ ..... 9 bis 11 Uhr  
Schwechat, Rathausplatz 7, ..... Jeden 1. Dienstag  
Körnerhalle, Rauchsalon ..... 9 bis 11 Uhr

### Burgenland:

- Eisenstadt, Permayerstraße 2,  
Bezirkssekretariat der SPÖ ..... Tägl. 9 bis 12 Uhr

### Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,  
ÖGB-Haus, ..... Tägl. außer Sa.  
I. Stock, Pensionistenverband ..... 10 bis 12 Uhr

### Oberösterreich:

- Linz, Wiener Straße 25/1  
(Phönix-Kino), Tel. 0 73 2/66 77 34 ..... Jeden Mo. und Mi.  
(jederzeit erreichbar) ..... 8.30 bis 11 Uhr  
Steyr, Leopold-Werndl-Straße 10 ..... Jeden Do.  
15 bis 17 Uhr

### Salzburg:

- Salzburg, Paris-Lodron-Straße ..... Jeden Di. und Fr.  
Nr. 21, II. Stock, Zimmer 56 ..... 8 bis 12 Uhr

### Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, ..... Jeden 1. Mi.  
Zimmer 17 ..... 18 bis 19 Uhr  
Bruck an der Mur,  
Schillerstraße 22  
Kapfenberg, Volksheim ..... Jeden 2. Mi.  
Wiener Straße, Zimmer 14 ..... 18 bis 19 Uhr  
Mürzzuschlag, Bezirks-  
sekretariat der SPÖ, Grazer Str. 28 ..  
14 bis 16 Uhr